

Berlin aktuell

Gernot Erler, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossin, lieber Genosse!

die SPD-Fraktion freut sich sehr, dass unser Kandidat Joachim Gauck nun Bundespräsident wird. Der Schwenk von Merkel und Rösler zu Gauck zeigt nicht nur die innere Zerrissenheit dieser Koalition, sondern zeigt auch, dass wir schon 2010 den richtigen Kandidaten hatten. Die Erosion von Schwarz-Gelb dagegen dürfte nach dieser Posse und den peinlichen Einlassungen von Philipp Rösler über seinen Konflikt mit Merkel weiter voranschreiten. Frank-Walter Steinmeier brachte es auf den Punkt: „Merkels Autorität ist schwer beschädigt“. Wir freuen uns nun auf die Bundesversammlung am 18 März, bei der der Mann gewählt wird, der schon vor zwei Jahren hätte Präsident werden sollen – die Diskreditierung des Amtes und der gesamten Politik wie bei Christian Wulff wären dem Land dann erspart geblieben.

Im Plenum stand in dieser Woche das zweite Hilfspaket für Griechenland auf dem Programm. Wir haben uns die Entscheidung, mit Ja zu stimmen wirklich nicht leicht gemacht. Aber eine Sofortpleite der Hellenen wäre mit Blick auf Portugal und Spanien unkalkulierbar. Uns ist aber wichtig, dass das Land nicht kaputtgespart wird, sondern dass vernünftige Wachstumsimpulse gesetzt werden – die Ärmeren in Griechenland leben am Rande einer Katastrophe.

Die Resonanz war enorm: Mehr als 400 Gäste aus Industrie, Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften folgten am Mittwoch der Einladung zum ersten Wirtschaftsempfang der Fraktion. Offenbar reche „der ein oder andere damit, wieder mit uns rechnen zu müssen“, sagte Frank-Walter Steinmeier zur Begrüßung im überfüllten Fraktionssaal der SPD im Reichstagsgebäude. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg.

Ein wichtiges Thema dieser Woche war für uns der Demografiewandel. Denn die Veränderungen der Bevölkerungszahl sind eine echte Herausforderung. Wir haben eine Große Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Darin fragen wir nach einem Handlungskonzept für diese Problematik. Heraus kam allerdings wenig.

In erster Lesung wurde unser Gesetzentwurf für die Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung beraten. Damit sollen Volksvertreter im Bund, den Ländern oder in Gemeinden, die in der Wahrnehmung ihres Mandats für ein bestimmtes Verhalten einen Vorteil fordern oder annehmen, künftig härter bestraft werden. Bisher ist lediglich ein Stimmenverkauf strafbar. Union und FDP lehnen den Entwurf – welche Überraschung – ab. Seit 2003 gibt es eine UN-Konvention gegen Korruption, die die meisten Staaten mittragen; wir aber haben sie noch nicht ratifiziert – so wie etwa der Sudan und Somalia.

Mit herzlichen Grüßen

Euer



IMPRESSUM:
GERNOT ERLER, MDB
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel. 030/227 75735
Fax. 030/227 76735
E-Mail: gernot.erler@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Gernot Erler, MdB

Merzhauserstr. 4
79100 Freiburg
Tel. 0761/382629
Fax. 0761/24865
E-Mail: gernot.erler@bundestag.de

www.gernot-erler.de

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Inhaltsverzeichnis

02 TOP-THEMA: Debatte um Hilfspaket II für Griechenland	09 Einigung für neue Regeln zur Organspende
03 Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion	09 Endlagersuchgesetz: Entwurf ist untragbar
04 Aktuelle Stunde: Axt an der Solarbranche	10 Menschenrechte im Tourismus schützen
06 Abgeordnetenbestechung bekämpfen	11 Ausschreibungen von Dienstleistungskonzessionen verhindern
06 Gauck in der Fraktionssitzung	11 Polizei in Friedensmissionen stärken
07 Rentenversicherung an demografischen Wandel anpassen	12 Presse und Interviews
08 Regierung ist konzeptlos bei demografischem Wandel	

HAUSHALT

„Was Sie machen ist immer zu wenig, zu spät und zu ungefähr!“ Steinbrück demaskiert Kanzlerin

Der Bundestag hat am vergangenen Montag das zweite Hilfspaket für Griechenland beschlossen. Es umfasst insgesamt rund 155 Millionen Euro und setzt sich zusammen aus 130 Milliarden Euro (Paket II) und knapp 25 Milliarden Euro (noch aus Paket I).

Die SPD-Fraktion hat mit großer Mehrheit für das Paket gestimmt, in der schwarz-gelben Koalition gab es dagegen eine hohe Zahl an Abweichlern, die gegen die Hilfen stimmten. Zum ersten Mal hat die Kanzlerin damit die so genannte Kanzlermehrheit verfehlt – ein weiteres Indiz, dass die Koalition zerfasert und von Misstrauen durchzogen ist. Erstmals bekommt das nun auch Angela Merkel drastisch zu spüren.

Thomas Oppermann, Geschäftsführer der SPD-Fraktion, konstatierte. „Die Kanzlerin hat in einer der zentralen Abstimmungen dieser Legislaturperiode keine Kanzlermehrheit mehr und ist damit politisch gescheitert. Das ist der Beginn der Kanzlerdämmerung. Die Bundeskanzlerin bekommt diese Krise seit zwei Jahren nicht in den Griff. Heute hat Frau Merkel von den eigenen Leuten die Quittung dafür bekommen.“

In der Aussprache nach der Regierungserklärung Merkels sagte Peer Steinbrück, ehemaliger Bundesfinanzminister, dass Merkel ihrer Aufgabe nicht nachgekommen sei, sich inhaltlich zu den Einlassungen ihres Innenministers Friedrich (CSU) zu äußern, der Griechenland den Austritt aus der Euro-Zone nahegelegt hatte.

Auf dünnem Eis

Zu der Regierungspolitik der Kanzlerin bemerkte Steinbrück: „Dieses Hilfspaket ist auf dünnes Eis gesetzt, vieles steht noch nicht fest“. Dazu zählte er auch die künftigen Entscheidungen der Troika und das Sondergremium des Bundestages zu Abstimmung über EMS- und EFSF-Maßnahmen. Dieses Gremium wurde nun in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt.

Steinbrück prophezeite der Bundesregierung ein drittes Hilfspaket für 2014. Denn das Land könne sich auch dann noch kein eigenes Geld auf dem Kapitalmarkt beschaffen. „Das hat offenbar nur Herr Schäuble erkannt“, sagte Steinbrück. Er erklärte: „Die Strategie der Regierung, immer nur Zeit zu kaufen, ist gescheitert. Sie hatten zwei Jahre Zeit. Aber was Sie machen ist immer zu wenig, zu spät und zu ungefähr“. Er forderte die Kanzlerin auf, den Menschen die Wahrheit über die Rettungsschirme ESM und EFSF zu

sagen, nämlich dass weitere Aufstockungen wohl unausweichlich seien. Zudem solle sie zugeben, dass durch die EZB-Politik das Haftungsrisiko für alle steige. Doch Merkels raison d'être ihrer EU-Politik sei immer nur innenpolitisch bzw. koalitionspolitisch motiviert gewesen.

Laut Steinbrück hat der Groll der Menschen zugenommen gegenüber der Politik, aber auch die Zerrbilder würden schlimmer; da sei das Bild des faulen Griechen auf der einen und das Bild des hässlichen Deutschen auf der anderen Seite.

„Es geht um das ganze Europa“

Peer Steinbrück erklärte, die SPD-Fraktion stimme dem Griechenland-Paket zu aus Verantwortung für Europa, aus wirtschaftlichen Gründen für Deutschland. Steinbrück: „Es geht um das ganze Europa“. Dies bedeute aber keine Zustimmung zum Grundkurs der schwarz-gelben Koalition.

In einem Entschließungsantrag zur Regierungserklärung von Angela Merkel fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung u. a. auf,

- sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut wird. Hierzu bedarf es neben den Spar- auch Wachstumsprogramme für die überschuldeten Mitgliedstaaten.
- sich für ein wirtschaftliches Aufbauprogramm für die notleidenden Staaten einzusetzen, das auf einer Analyse der jeweiligen Chancen vor Ort beruht. Dieses kann beispielsweise durch die Besteuerung von Spekulationen an den Finanzmärkten durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer finanziert werden;
- sich für eine europaweit koordinierte, zukunftsorientierte Industriepolitik einzusetzen. Die Stärkung der industriellen Basis unseres Kontinents, einhergehend mit einer Initiative für grünes Wachstum ist der Schlüssel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Europas;
- sich für ein sozial ausgewogenes Vorgehen einzusetzen, denn der Erfolg des europäischen Wirtschaftsmodells basiert auf der Verknüpfung von Wachstum, Solidarität und sozialer Sicherheit. Die Konsolidierung der Haushalte darf nicht alleine mittels rigider Sparvorgaben sowie massiver Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen erfolgen, denn diese gefährden den sozialen Zusammenhalt und damit den Erfolg von Reformprogrammen und Strukturreformen;
- sich insbesondere für konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen.

VERANSTALTUNG

Großer Andrang beim Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion

Die Resonanz war enorm: Mehr als 400 Gäste aus Industrie, Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften folgten am Mittwoch der Einladung zum ersten Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion. Offenbar rechne „der ein oder andere damit, wieder mit uns rechnen zu müssen“, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier zur Begrüßung im überfüllten Fraktionssaal der SPD im Reichstagsgebäude.

Die Fraktion hat mit dem Wirtschaftsempfang eine Gelegenheit geschaffen, ihre wirtschafts- und industriepolitischen Überlegungen vorzustellen und zu diskutieren. „Wir wollen den Diskurs über die Gestaltung aktiver Wirtschaftspolitik voranbringen, damit Deutschland erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleibt,“ betonten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Garrelt Duin.

Neben der Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier stand eine Key Note Speech des Vorsitzenden der ThyssenKrupp AG, Heinrich Hiesinger, auf dem Programm.

„Wertschöpfung muss Vorrang haben vor Wertabschöpfung“

Steinmeier betonte in seiner Rede, notwendig sei ein nüchterner Blick nach vorn und die Vergewisserung darüber, worauf wir bauen können. Im schwierigsten europäischen Umfeld sei die deutsche Wirtschaft im vergangenem Jahr um 3 Prozent gewachsen, die Arbeitslosigkeit gesunken.

„Warum ist das so?“, fragte Steinmeier. „Weil wir entgegen aller Moden an industrieller Produktion festgehalten und damit hochwertige Arbeitsplätze erhalten haben“, so der SPD-Fraktionschef. Er erinnerte daran, dass andere europäische Länder in den vergangenen Jahren einseitig auf die Finanzwirtschaft gesetzt hätten. Die dürfe aber nicht zum Selbstzweck werden, sondern müsse eine dienende Funktion haben: „Die Wertschöpfung muss Vorrang haben vor der Wertabschöpfung durch die Finanzmärkte“, sagte Steinmeier. „Und da sind wir weltweit in ein gefährliches Ungleichgewicht gekommen, das wir korrigieren müssen.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb ein industriepolitisches Programm beschlossen, das die Bedeutung von Innovation und realer Wertschöpfung anerkennt. Ziel ist es, die Standortbedingungen für die Industrie in Deutschland zu verbessern. „Wir zeigen in dem Papier auf, welche Schwerpunkte wir bei dem Ausbau der Infrastruktur setzen wollen. Und wir zeigen darin, wie wir den Ausbau eines intelligenten Energienetzes schaffen wollen, das auf den Ausbau erneuerbarer Energien hin angelegt ist,“ so Steinmeier.

„Es kann Deutschland nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht!“

Zudem sprach sich der SPD-Fraktionsvorsitzende für mehr Wachstumsimpulse in anderen europäischen Ländern aus. 60% der deutschen Exporte gehen in die europäische Nachbarschaft. Damit liege auf der Hand: „Wenn die Menschen in Frankreich, Spanien und Italien nicht mehr einkaufen gehen, wenn spanische und französische Unternehmen keine Maschinen mehr bestellen, Portugal, Polen oder Griechenland keine Straßen und Flughäfen mehr bauen, dann gehen uns allen die Aufträge und die Arbeit aus.“

Nicht sparen oder investieren, sondern sparen und investieren müsse der Weg sein, konstatierte Steinmeier. „Intelligente Konsolidierung der Euro-Staaten, das heißt Einsparungen dort, wo Verschwendung grassiert, aber auch mehr Investitionen dort, wo das Wachstum der Zukunft entsteht.“

Er forderte, die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion auszubauen. Hierzu bedürfe es neben den Spar- auch Wachstumsprogramme für die überschuldeten Mitgliedstaaten.

Ein solches Wachstumsprogramm müsse einhergehen mit einer europaweit koordinierten, zukunftsorientierten Industriepolitik. Die Stärkung der industriellen Basis unseres Kontinents sei der Schlüssel für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Europas.

Frank-Walter Steinmeier wertete die Veranstaltung als vollen Erfolg: „Wenn Sie aus der einen oder anderen Begegnung den Eindruck mitnehmen: Bei der SPD wird über Deutschlands Zukunft nachgedacht, dann hat sich unser Empfang gelohnt.“

AKTUELLE STUNDE

Rösler und Röttgen legen Axt an Solarbranche an

In ihrer Kabinettsitzung am 29. Februar 2012 hat die Bundesregierung den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Rösler (FDP) und Bundesumweltminister Röttgen (CDU) zur Kürzung der Förderung für Solarstrom und der Verwässerung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz zugestimmt. Nach monatelangem Hin und Her zwischen Rösler und Röttgen hatten sich beide Minister am 23. Februar darauf geeinigt, die

Axt an die Solarförderung zu legen und bei der Energieeffizienz auf klare Ziele und die Benennung der Verantwortlichen zu verzichten. Die ideologische Handschrift Röslers ist dabei mehr als deutlich.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann warf der Regierung vor, „nur Chaos und Planungsunsicherheit“ zu stiften. Dies habe eine „verheerende Wirkung für Investoren“. Kritik an der Einigung der schwarz-gelben Minister üben nicht nur die Oppositionsfraktionen, die Solarbranche und das Handwerk, sondern auch CDU-regierte Bundesländer im Osten Deutschlands.

Bereits in der letzten Sitzungswoche hatte es eine Aktuelle Stunde zum Versagen der schwarz-gelben Bundesregierung bei der dringend notwendigen Energiewende gegeben. Die massiven Kürzungen beim Solarstrom und die Fehlentscheidung bei der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz führten zu einer weiteren Aktuellen Stunde von SPD und Grünen am 29. Februar.

Showeffekte von Rösler und Röttgen sollen Kuhhandel vernebeln

Rösler und Röttgen hätten wieder mal mehr auf den Showeffekt bei der Präsentation ihrer Einigung gesetzt, um zu verschleiern, welchen „Kuhhandel“ sie eingegangen sind, warf ihnen der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rolf Hempelmann vor. In einem radikalen Einmalschritt wollen Rösler und Röttgen die Vergütung für die Einspeisung von Solarenergie ins Stromnetz kürzen. Darauf sollen monatliche Vergütungskürzungen um weitere 0,15 Cent folgen und ab 2013 sollen nur noch 85 Prozent des Stroms vergütet werden. Letzteres verkaufen Rösler und Röttgen als Marktintegrationsmodell.

Im Dezember 2011 war es zu einem enormen Aufwuchs in der Fotovoltaik, gekommen, weil schwarz-gelb massiven Kürzungen oder gar dem Ausstieg aus der Solarstromförderung das Wort redeten. Doch genau diesen von ihnen selbst veranlassten Aufwuchs zieht Schwarz-Gelb jetzt heran, um radikale Kürzungen zu begründen. Auch die SPD-Fraktion habe die Entwicklung bei der Förderung immer im Blick, und sie habe konstruktive Vorschläge gemacht, wie die Förderung in vernünftigen Schritten abgesenkt werden könnte, sagte Rolf Hempelmann.

Und auch die Solar-Branche selbst sei für Veränderungen offen, erklärte der stellvertretende energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dirk Becker. Doch Rösler und Röttgen hätten die Branche und auch Investoren verunsichert, weil sie keine verlässlichen Rahmenbedingungen schaffen. Damit würden sie neben dem Ausbau der Solarenergie auch neue Arbeitsplätze vor allem im Osten Deutschlands gefährden.

Schwarz-Gelb riskiert gute Arbeitsplätze

Die Solar-Branche ist mit 12.500 Beschäftigten im Solar-Valley in Mitteldeutschland die zweitwichtigste Branche in den ostdeutschen Ländern. Waltraut Wolff, SPD-Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt, hat mit den Betriebsräten vor Ort gesprochen. Sie stellte klar, dass die Menschen dort sehen, dass Schwarz-Gelb den Kahlschlag gegen die Branche führt. Weil der Ausbau der Fotovoltaik gebremst und damit gute Arbeitsplätze riskiert würden.

Dirk Becker kritisierte scharf, dass Rösler und Röttgen künftig weitere Kürzungen mit Hilfe einer Verordnungsmächtigung am Parlament und den Bundesländern vorbei beschließen wollen. Diese Kürzungen seien dann auch nicht mehr beschränkt auf den Solarstrom, sondern würden auch Windenergie und andere Technologien betreffen. So seien der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energiewende nicht zu schaffen.

Regierung fehlt Gesamtkonzept zur Energieeffizienz

Möglichkeiten zu entwickeln, um Erneuerbare Energien zu speichern, treibt Schwarz-Gelb wenig voran. Ebenso steht es um die Energieeffizienz, die Röttgen und Rösler nur als Überschrift gebrauchen, aber nicht mit Maßnahmen unterlegen. So habe die EU-Energieeffizienzrichtlinie klare Einsparziele und die dafür zuständigen Akteure genannt, die Schwarz-Gelb mit Absichtserklärungen und in die Zukunft verlegten Einsparzielen verwässere, sagte Rolf Hempelmann. Es sei zwar von einem Aktionsplan die Rede, doch ein Gesamtkonzept gebe es nicht, beklagte Wolfgang Tiefensee.

Kritik von vielen Seiten

Auch bei den Bundesländern besteht Unmut gegen den Regierungsbeschluss. CDU-regierte Länder Ostdeutschlands kündigten bereits an, die Vorlage im Bundesrat aufzuhalten und den Vermittlungsausschuss anzurufen. Und auch in den Reihen der Koalitionsfraktionen wurde bereits Veränderungsbedarf am Gesetzentwurf angemeldet.

Der Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband Solarwirtschaft sagte: „Ohne den weiteren kraftvollen Ausbau der Solarenergie ist die Energiewende zum Scheitern verurteilt.“ Der Bundestag solle dieses „Solar-Ausstiegsgesetz“ stoppen.

RECHT

Abgeordnetenbestechung bekämpfen

Skandale der Vorteilsnahme beschädigen alle politisch Verantwortlichen. Auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Integrität von Parlamentariern schwindet. Bislang ist nur der Stimmenkauf und -verkauf bei Wahlen und Abstimmungen strafbar. Das verstößt nicht nur gegen internationale Übereinkommen des Europarats und den UN, sondern auch gegen die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (Drs. 17/8613), der in dieser Woche zum ersten Mal im Bundestag beraten wurde, sieht vor, Volksvertreterinnen und Volksvertreter zu bestrafen, wenn sie einen Vorteil dafür annehmen, sich bei der Wahrnehmung ihres Mandats in einer bestimmten Weise zu verhalten. Es droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe. Auch derjenige, der den Vorteil gewährt, soll bestraft werden. Weder eine politische Funktion noch zulässige Parteispenden sind davon betroffen. Verhaltensweisen, die parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechen, sind ebenfalls zulässig.

FRAKTION

Steinmeier: „Angela Merkels Autorität ist schwer beschädigt“

Dreimal wurden Auffassungen der Kanzlerin und der Koalition korrigiert: Bei der Wahl des Bundespräsidentenkandidaten Joachim Gauck, den Maßnahmen beim Griechenland-Hilfspaket und der fehlenden Kanzlermehrheit und beim Sondergremium des Bundestages zur Euro-Rettung. „Die Koalition ist nicht mehr beieinander“, sagte Steinmeier vor der Fraktionssitzung am vergangenen Dienstag. Gast der Sitzung war Joachim Gauck.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier sieht nach dem Abstimmungsverhalten der Koalition beim Griechenland-Hilfspaket die Autorität von Kanzlerin Merkel „schwer beschädigt“.

Vor der Fraktionssitzung las Steinmeier der Presse eine Einlassung Merkels vor, die sie seinerzeit in der „Welt“ von sich gab: „In der Opposition ist man nie verpflichtet, ein vollkommen geschlossenes Abstimmungsverhalten hinzubekommen. Als Regierung schon. Schafft man das nicht, leidet nicht nur deren Handlungsfähigkeit, sondern auch das außenpolitische Ansehen Deutschlands.“

Merkel hat ihre Kanzlermehrheit bei der Abstimmung über das zweite Hilfspaket für Griechenland nicht erreicht. Steinmeier bemerkte dazu, dass die Kanzlerin ihre Äußerung heute wohl anders sehe. So, wie sie schon sehr oft ihre Standpunkte gewechselt hat. Er sprach von einer „Erosion der Regierungsmehrheit“, die fortschreiten werde.

Dem „Tagesspiegel“ hatte er bereits zuvor gesagt: „Der Zerfall der Koalition ist in vollem Gange. Inzwischen ist die Grenze zur Handlungsunfähigkeit erreicht.“ Steinmeier dort weiter: „Wer bei der Abstimmung über eine Frage, die die Kanzlerin zur Kernfrage Europas erklärt, keine Kanzlermehrheit zusammen bekommt, dessen Machtbasis bröckelt. Nicht einmal das Kabinett folgt ihr. Es war nicht ein Außenseiter, es war der Innenminister höchstpersönlich, der die Schleusen geöffnet hat. Er hat den Abweichlern erst gutes Gewissen verschafft.“

Nach ihrer Niederlage bei der Frage des Kandidaten für das Bundespräsidentenamt folge jetzt die Aufkündigung der Gefolgschaft in der Griechenlandpolitik, sagte Steinmeier dem Blatt zufolge. „Das Vertrauen ist weg. Die Regierungsmehrheit wankt. So kann man für Deutschland und Europa keine Stabilität erreichen.“

Dreimal sei insgesamt nun in kurzer Zeit die Auffassung Merkels und der Koalition korrigiert worden: bei Joachim Gauck, bei der fehlenden Kanzlermehrheit und nun beim Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das das Sondergremium des Bundestages zur Euro-Rettung als weitgehend illegal einstufte. Steinmeier brachte es auf den Punkt: „Es läuft nicht rund für diese Regierung“.

Am Dienstagnachmittag besuchte der künftige Bundespräsident Joachim Gauck (parteilos) die Fraktion. Steinmeier sagte, dass die Wahl Gaucks eine „gute Überlegung“ gewesen sei. „Wir mussten unsere Haltung zu ihm nicht ändern“, bemerkte er mit Blick auf CDU/CSU und FDP. Joachim Gauck wurde von der SPD-Fraktion mit langem und herzlichem Beifall begrüßt und stellte sich nach einer einleitenden Rede den Fragen der Abgeordneten.

SOZIALES

Leistungen der Rentenversicherung an den demografischen Wandel anpassen

Die gesetzliche Rentenversicherung erbringt Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen. Damit wird den Auswirkungen einer Krankheit oder Behinderung auf die Erwerbsfähigkeit der Versicherten entgegengewirkt, um Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit der Versicherten oder ihr vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern.

Diese Leistungen dienen der Umsetzung des Prinzips „Rehabilitation vor Rente“. Eine Rente soll daher grundsätzlich erst gezahlt werden, wenn alle sinnvollen und zumutbaren Rehabilitationsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Ältere Versicherte haben einen höheren Bedarf an Leistungen zur Teilhabe. Demografie bedingt steigt deshalb die Nachfrage. Jedoch reichen die Finanzmittel dafür nicht aus. Sie sind bisher an die Entwicklung von Bruttolöhnen und -gehältern gekoppelt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb in ihrem Antrag (Drs. 17/8602) die Bundesregierung auf, den demographischen Wandel bei den Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe in der gesetzlichen Rentenversicherung besser zu berücksichtigen. Dazu soll sie einen Gesetzentwurf vorlegen, der gemäß des Vorschlags der Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung die demografische Entwicklung und die längere Lebensarbeitszeit in den Rentenanpassungsmechanismus einbezieht. Die Ausgaben für Rehabilitationsleistungen sollen anhand objektiver Kriterien ermittelt werden. Zudem sind bestehende Präventionsleistungen weiter zu entwickeln.

Bundesregierung hat kein Konzept für demografischen Wandel

Die Veränderungen der Bevölkerungszahl und Bevölkerungsstruktur sind eine große Herausforderung für die Politik. Im Juni 2011 richtete die SPD-Bundestagsfraktion eine Große Anfrage an die Bundesregierung, um zu erfahren, mit welchen Handlungsperspektiven Schwarz-Gelb die Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen will.

Auf die schwarz-gelbe Antwort mussten die Sozialdemokraten ein halbes Jahr warten. Doch gelohnt hat es sich nicht. Denn herausgekommen ist eine zusammengewürfelte Auflistung von Einzelmaßnahmen und Ideen, die Widersprüchliches offenbaren. Und eines ist offenkundig: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat kein Konzept, sie verfolgt keine Strategie und keinen ressortübergreifenden Ansatz. Dies machte die SPD-Bundestagsfraktion am 1. März 2012 zur Debatte.

Für die SPD fordert der demografische Wandel mehr als den Umgang mit älteren Menschen. Es ist viel mehr die Organisation eines solidarischen Miteinanders der Generationen, die gemeinsam mit den Menschen aller Generationen zu gestalten ist. Es geht darum, wie unsere Gesellschaft damit umgeht, dass immer mehr ältere Menschen immer weniger jungen gegenüberstehen.

Schwarz-Gelb liefert Einzelmaßnahmen und Widersprüche

Innenminister Friedrich (CSU), dessen Haus innerhalb der schwarz-gelben Regierung für die Entwicklung einer ressortübergreifenden Strategie verantwortlich ist, bescheinigte das Kanzleramt, er habe „erkennbar noch keinen Zugang zum Thema Demografischer Wandel gefunden“. Das war in der „Zeit“ vom 26. Januar 2012 nachzulesen.

So scheine in den Ministerien eine Hand nicht zu wissen, was die andere tut, warf die Sprecherin der Projektgruppe Generationenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, der Regierung vor. Auf der einen Seite wolle sie mehr Frauen in den Arbeitsmarkt bringen und auf der anderen Seite halte Schwarz-Gelb mit dem unsinnigen Betreuungsgeld und dem Festhalten am Ehegattensplitting Frauen vom Arbeitsmarkt fern. Genauso verhält es sich beim Thema Zuwanderung. Die will die Regierung ausbauen, auch um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Gleichzeitig scheue sie ein Zuwanderungsgesetz wie der „Teufel das Weihwasser“, sagte die SPD-Abgeordnete. Auch den notwendigen Umbau unserer Städte nannte die Regierung in ihrer Antwort. Doch die Mittel für die Städtebauförderung und die „Soziale Stadt“ hat sie massiv gekürzt und das Programm „Altersgerecht umbauen“ auslaufen lassen.

Schwarz-Gelb ist ein Totalausfall bei der Gestaltung des demografischen Wandels

Gefragt sind aus Sicht der SPD-Fraktion langfristig angelegte, kreative und ganzheitliche Ideen für mehr erfüllte Kinderwünsche, gutes Wohnen, mehr Bildungschancen, den Arbeitsmarkt der Zukunft und für die Gesundheits- und Aktivitätsförderung. Es geht darum, mehr Miteinander und mehr Füreinander in Familien, zwischen den Generationen, in der Nachbarschaft in der Region, in Deutschland und in Europa zu organisieren. Antworten darauf suche man bei Schwarz-Gelb vergeblich – sie sei, so Bätzing-Lichtenthäler, ein Totalausfall bei der Gestaltung des demografischen Wandels.

Ein gutes Miteinander der Generationen verlangt vor allem auch ein Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen. Ulrike Gottschalk, Mitglied der SPD-Arbeitsgruppe Demografischer Wandel, verwies darauf, dass die demografische Entwicklung vor allem die Städte und Gemeinden treffe, weil sie die Verantwortung für die Daseinsvorsorge vor Ort tragen. Dabei werde die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Infrastruktur und Mobilität immer schwieriger. Hierfür sei die Unterstützung durch den Bund gefragt, doch Schwarz-Gelb schiebe den „Schwarzen Peter“ den Kommunen zu, sagte Gottschalk.

Auch eine Strategie für die Fachkräftesicherung ließe die Regierung nicht erkennen, konstatierte Katja Mast, stellvertretende arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Warme Worte – kalte Taten“, so be-

schrrieb sie das Prinzip von Schwarz-Gelb. Spaltungen am Arbeitsmarkt würden nicht überwunden, sondern mit der Arbeitsmarktpolitik von Union und FDP noch verschärft. Perspektiven für Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschluss würden nicht aufgezeigt, stattdessen kürze die Regierung bei den Arbeitsmarktmitteln, statt in Bildung zu investieren.

SPD-Fraktion entwickelt Konzepte mit breiter Beteiligung im Zukunftsdialog

Die SPD-Bundestagsfraktion will für alle Lebensbereiche ein umfassendes fortschrittliches, soziales und demokratisches Gesellschaftsmodell. Dabei kommt es den Sozialdemokraten darauf an, den Menschen zuzuhören, deshalb entwickeln sie mit ihrem Zukunftsdialog gemeinsam mit ihnen die Richtung für Deutschlands Zukunft. Vgl.: <https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/>

GESUNDHEIT

Fraktionsübergreifende Einigung für neue Regeln zur Organspende

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier begrüßte am Freitagmittag gegenüber den Medien die fraktionsübergreifende Einigung zur Neuregelung der Organspenden in Deutschland.

12.000 Menschen würden in Deutschland dringend auf ein neues Organ warten, mit dem sie weiter leben und überleben könnten, sagte Steinmeier. Jährlich müssten 1000 Menschen sterben, weil kein geeignetes Spenderorgan zur Verfügung stehe. Im Jahr 2011 war die Zahl der Spender gegenüber 2010 um 7,4 Prozent gesunken – obwohl zwei Drittel der Deutschen nach eigenen Aussagen zu einer Organspende bereit sind.

Die Organspendenbereitschaft müsse erhöht werden, befand Steinmeier. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Appelle allein nicht ausreichen. Er freue sich darüber, dass sich nach einem Jahr der Gespräche und Verhandlungen alle Fraktionen des Bundestages einig seien, dass eine neue gesetzliche Regelung notwendig ist.

Nun werde das deutsche Transplantationsgesetz reformiert. Die Menschen sollten zu Lebzeiten entscheiden, ob sie zur Organspende bereit sind oder nicht. Die neue Regelung sehe keine Pflicht vor, doch die Menschen sollten mit Nachdruck gefragt werden.

Mit dem Gesetzentwurf würden organisatorische Verbesserungen in den Krankenhäusern auf den Weg gebracht. Die Krankenversicherungen würden verpflichtet, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären und sie regelmäßig mit der Frage nach ihrer Bereitschaft zur Organspende zu konfrontieren. Dadurch sollten sie mit Nachdruck überzeugt werden, sich zu entscheiden.

UMWELT

Endlagersuchgesetz: Entwurf und Verfahren sind untragbar – Gorleben nicht weiter erkunden

Auch der dritte Entwurf für ein Gesetz zur Endlagersuche für Atommüll aus Norbert Röttgens (CDU) Bundesumweltministerium ist aus Sicht von Ute Vogt, der SPD-Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss, nicht geeignet. Bisher hat der Umweltminister das Gesetzgebungsverfahren ohne Beteiligung des Parlaments und vorbei an Bürgerinitiativen, Verbänden und Öffentlichkeit gehandhabt. Zunächst sucht er die Einigung mit den 16 Regierungschefs der Länder. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung von Bürgerinitiativen und Verbänden nach Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren.

Der vorliegende dritte Entwurf für ein Endlagersuchgesetz ist keine Basis für einen Konsens in der Endlagersuche, bescheinigt ihm Ute Vogt in einer ersten Analyse. Wenn schon im Gesetzgebungsverfahren die Öffentlichkeit außen vor gelassen werde, dann frage man sich, wie ernst es der Minister mit der öffentlichen Beteiligung meine. Es zeige sich deutlich, dass es Schwarz-Gelb und Röttgen nicht um die Suche auf einer weißen Landkarte unter enger Einbeziehung der Öffentlichkeit gehe. Die Sozialdemokraten fordern einen Neustart für die Endlagersuche inklusive Gesetzgebungsverfahren.

Folgende Mängel weist der Gesetzentwurf aus sozialdemokratischer Sicht unter anderem auf:

- Die Öffentlichkeitsbeteiligung bleibt unzureichend.
- Gorleben soll weiterhin Referenzstandort bleiben.
- Die Kostenfrage bleibt offen, was bedeutet, dass der Bund und damit die Steuerzahler dafür geradestehen sollen.
- Das Bundesinstitut soll weiterhin allein zuständig sein und gegenüber Parlament und Öffentlichkeit nur eine „Rechenschaftspflicht“ haben.
- Weiterhin ist eine Ethikkommission vorgesehen.
- Die Erkundung soll bergrechtlich realisiert werden. Dabei bleiben die atomrechtlichen Schutzziele außen vor.

Die Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion liegen schon lange auf dem Tisch:

- Sofortiger Erkundungs- und Baustopp in Gorleben.
- Präzise Regelungen zu einer umfassenden Bürgerbeteiligung.
- Keine Verlagerung von Kompetenzen an Ethikkommissionen oder ein zusätzliches Bundesinstitut.
- Die Finanzierung der Endlagerung übernimmt nicht der Staat, sondern übernehmen die Betreiber (Verursacher).

TOURISMUS

Menschenrechte im Tourismus schützen – SPD fordert verbindliche Regelungen

Nächste Woche beginnt in Berlin die weltgrößte Tourismusmesse ITB. Die Messe unterstreicht einmal mehr die Bedeutung des Wirtschaftszweiges Tourismus. Für viele Länder, darunter auch viele Entwicklungsländer, ist er ein ökonomischer Schlüsselfaktor, der auch zur Armutsminderung in den Ländern beitragen kann. Aber gerade in diesen Ländern profitieren nicht alle davon: In der Tourismuswirtschaft werden auch Menschenrechte verletzt. Die SPD fordert daher in ihrem Antrag (Drs. 17/6458) verbindliche Regelungen für die Tourismuswirtschaft.

Wenn in der Tourismuswirtschaft Menschenrechte verletzt werden, handelt es sich vor allem um ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, Prostitution, Frauen- und Kinderhandel, Zwangsenteignungen und Verletzungen des Rechts auf Nahrung und Wasser. So wird Menschen der Zugang zu Land oder Fischereigründen

verwehrt. Das in vielen Ländern knappe Wasser wird dort in großen Mengen für Hotelanlagen und Golfplätze genutzt, während es für die heimische Bevölkerung rationiert wird.

Rahmenbedingungen im Tourismus müssen stimmen

In ihrem Antrag fordert die SPD verbindliche Regelungen für die Tourismuswirtschaft und nicht bloß selbstverpflichtende und freiwillige Verhaltenskodizes, wie es die Bundesregierung in ihrem Antrag formuliert. Tourismusunternehmen sollen bei der Einhaltung der Menschenrechte unterstützt werden, zudem muss aber auch die Sorgfaltspflicht von Unternehmen verankert und durch Sanktionsmechanismen ergänzt werden. Und damit auch Reisende ihre Reiseangebote entsprechend nach deren sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Verantwortung überprüfen können, fordert die SPD eine unabhängige Zertifizierung der Angebote. Auch die Tourismuswirtschaft hat inzwischen die Relevanz des Themas erkannt: Einer der Schwerpunkte auf der ITB wird in diesem Jahr die menschenrechtliche und soziale Verantwortung von Tourismusunternehmen sein.

WIRTSCHAFT

Ausschreibung von Dienstleistungskonzessionen verhindern

Dienstleistungskonzessionen sind bisher vom europäischen Vergaberecht ausgenommen. Das sichert die Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Daseinsvorsorge. Die Europäische Kommission und der Europäische Rat wollen nun eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen einführen. Davon sind insbesondere kommunale Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Rettungsdienste betroffen.

Die Richtlinie verletzt die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Daher fordert die SPD in einem Antrag den Bundestag dazu auf, zur europäischen Richtlinie über die Konzessionsvergabe Stellung zu nehmen. Die bisherige Rechtsetzung soll beibehalten werden. Einer möglichen Änderung muss eine rechtliche Folgenabschätzung für Kommunen, Markt und Verbraucher vorangehen.

AUSSEN

Polizei in Friedensmissionen stärken

Polizeimissionen sind ein zentraler Bestandteil internationaler Friedensmissionen. Obwohl ihre Bedeutung steigt, nimmt die Zahl der von Deutschland entsandten Polizistinnen und Polizisten ab. In dem Antrag (Drs. 17/8603), der in dieser Woche in den Bundestag eingebracht wurde, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung daher auf, eine umfassende Bund-Länder-Vereinbarung zu schließen. Sie soll die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen und seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Polizeikräften gerecht wird.

Zudem ist in Abstimmung mit den Bundesländern ein nationales Führungszentrum einzurichten. Der Bundestag muss besser in die Entsendung von Polizistinnen und Polizisten eingebunden werden. Auf internationaler Ebene soll die Bundesregierung sich für konkrete Zielvorgaben und Aufgabenbereiche internationaler Polizeimissionen einsetzen.

Neben einer zahlenmäßigen Aufstockung der für Auslandseinsätze zur Verfügung stehenden Beamten ist auch eine vermehrte Entsendung verschiedenster Spezialisten, etwa Polizeiausbilder, aber auch Forensiker und Spezialisten für Datensicherheit oder organisierte Kriminalität, erforderlich.

Generell muss dem Antrag zufolge die Bundesregierung für geeignete Anreiz- und Anerkennungsstrukturen sorgen, die über finanzielle Anreize hinausgehen und die Lebenswirklichkeit der Polizistinnen und Polizisten stärker berücksichtigen und verlässliche Anschlussverwendungen ermöglichen.

PRESSE UND INTERVIEWS

Personalia

Der Freiburger Bundestagsabgeordnete Gernot Erler wurde erneut zum Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) in München gewählt. Die SOG ist mit über 800 Mitgliedern die größte Wissenschafts- und Mittlergesellschaft, die sich mit 14 Ländern von Europas Südosten beschäftigt. Erler leitet die Gesellschaft seit dem Jahr 2000.

Erlers: Es gibt eine Parallele zum Arabischen Frühling Interview zu Russland im Tagesanzeiger, 21. Februar 2012

Mit Gernot Erler sprachen Luciano Ferrari und David Nauer in Freiburg im Breisgau

Sie kommen gerade aus Moskau zurück. Was ist Ihr Eindruck: Wie populär ist Wladimir Putin noch?

Ich habe eine geteilte Welt erlebt. Ich habe mit Vertretern der Protestbewegung gesprochen, mit Bloggern, Journalisten und Oppositionellen, aber auch mit Vertretern des Putin-Lagers. Die ersten sagen: «Putins Zeit ist vorbei. Der Einzige, der es noch nicht gemerkt hat, ist Putin selber.» Diese Gruppe ist sehr gelassen und sagt: «Es kann schon sein, dass Putin noch einmal die Wahlen gewinnt, es ist aber trotzdem vorbei, er wird scheitern.» Die anderen sind genau so gelassen und sagen: «Immer mit der Ruhe, Putin hat die Mehrheit hinter sich. Wir lassen uns nicht ins Bockshorn jagen von einer Protestbewegung, die keinen Führer und keine konkreten politischen Ziele hat. Putin wird gewinnen und das Land weiter führen.»

Welche Seite hat eher Recht?

Realpolitisch betrachtet, das zweite Lager. Putin wird die Wahlen gewinnen. Selbst dass es einen zweiten Wahlgang braucht ist eher unwahrscheinlich, denn die Einschätzung der Putin-Befürworter stimmt, dass das Oppositionslager völlig gespalten ist und auch gar nicht versucht hat, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen.

Noch vor wenigen Jahren wären große, bewilligte Demonstrationen gegen das Regime undenkbar gewesen. Wieso gehen plötzlich Zehntausende auf die Straße - und wieso lässt Putin diese Proteste zu?

Das ist schwer zu beantworten. Entscheidend war wohl der 24. September des letzten Jahres. Das ist ein Schlüsseldatum. An diesem Tag kündigten Putin und Medwedew ihre Ämterrochade an. Hinter dieser Entscheidung stand in meinen Augen eine katastrophale Fehleinschätzung, die alle weiteren Entwicklungen erklärt. Putin wusste zu diesem Zeitpunkt schon um die Schwächen der Kreml-Partei «Einiges Russland». Er hat gedacht, er könne durch die angekündigte Rochade alles wieder gerade biegen auf Grund seiner Autorität und seines Ansehens. Er hat überhaupt nicht eingerechnet, dass das ganze als Komödie wirken könnte, als etwas, das die Leute zum Lachen bringt, weil jede halbwegs offene, demokratische Situation auf diese Weise zugeschüttet wurde.

Wie war diese Fehlleistung möglich?

Putin versteht den Wechsel der Zeit nicht. Er versteht nicht, dass die Erwartungen sich geändert haben, dass die Bedürfnisse andere geworden sind. Die Entwicklung der Welt läuft nicht zu Gunsten Russlands. Das Land schafft es nicht, bei einer Kältewelle in Russland und Europa die Lieferverpflichtungen für Gas zu erfüllen. Es produziert jedes Jahr weniger Öl und Gas. Das sind Daten, die auch in Russland bei den Eliten herumgereicht werden. Darauf hat Putin keine Antwort. Medwedew hatte diese Defizite in den Mittelpunkt seiner Konzepte gestellt, auch wenn er sie nicht umsetzen konnte. Er hatte eine Diversifizierung der Wirtschaft gefordert, eine Modernisierung, eine Stärkung der Zivilgesellschaft und eine Politik, in der

um Antworten wirklich gerungen wird, um die besten zu finden. Das sind relativ einfache Prinzipien, die aber in Russland noch nicht gelten. Daran wird diese Gesellschaft letztlich scheitern, wenn sich nichts ändert. Das ist die eigentliche Fragestellung. Doch Putin beschwört noch einmal das Chaos der Jelzin-Zeit.

Wie äußert sich das?

Er rekurriert in seinem Wahlkampf auf seine alten Verdienste und sagt: «Ich stehe für Stabilität. Wir machen es noch einmal wie im Jahr 2000». Doch dieses Stabilitäts-Angebot ist rückwärtsgewandt. Das ist ein Fehler, den manchmal auch demokratische Politiker machen, wenn sie glauben, sie müssten für ihre Verdienste in der Vergangenheit gewählt werden. In Wirklichkeit entscheiden die Wähler über die Zukunftsangebote. Putin hat aber kein attraktives Zukunftsangebot. Er gibt den Russen zu verstehen: «Medwedew war eine schwache Figur, jetzt kommt wieder ein starker Mann dran und dann wird alles besser.» Aber dahinter stecken nichts als inhaltsleere Stabilitätsversprechen.

Wird ihm denn nicht mehr zugebilligt, dass er nach den wilden Jelzin-Jahren für Stabilität sorgte?

Doch, sogar die Oppositionspolitiker räumen ein, dass er im Jahr 2000 der richtige Mann gewesen ist. Wir im Westen haben uns damals gefreut über die großen Demokratisierungs- und Privatisierungsschritte von Jelzin. Die Bevölkerung in Russland aber hat das als Destabilisierung, als Auflösung des Zentrums, als Zerfall des Landes und Verlust ihrer sozialen Sicherheit empfunden. Putin hat mit all dem Schluss gemacht, er hat die Löhne wieder gezahlt, er hat die Oligarchen in die Schranken gewiesen, hat das Zentrum wieder stark gemacht und dem Zerfall Russlands Paroli geboten, einschließlich Tschetschenien. Der große Fehler vom 24. September war aber die Erwartung, dass die Russen alle nur darauf warteten, dass Putin wieder kommt. Das stimmt zumindest für die Mittelklasse, die politisch bewussten und aktiven Schichten, nicht. Hier wurde die Ankündigung der Rochade als Provokation aufgefasst.

Wie groß ist diese Mittelschicht?

Analytiker gehen davon aus, dass sie etwa 20 Prozent der Gesellschaft ausmacht. Interessant ist, dass sich 40 Prozent der Russen selbst zur Mittelschicht zählen. Wie auch immer: Es ist immer noch eine Minderheit.

Allerdings eine Minderheit mit Geld und Einfluss, die sich ganz neuer Technologien bedient.

Ja, wobei hier eine interessante Parallele zum arabischen Frühling besteht. Denn ähnlich wie die arabischen Machthaber, hat auch der Kreml die Verselbstständigung der Blogger- und Internet-Szene falsch eingeschätzt. Das zeigt sich etwa an der erstaunlichen Popularität des Bloggers Aleksej Nawalni. Das ist ein scharfer Typ, der einfach mal den Begriff «Partei der Strolche und Diebe» für die Kreml-Partei «Einiges Russland» erfunden hat. Und heute: Egal wo man hinkommt, jeder benutzt diese Bezeichnung für «Einiges Russland». Das muss man sich mal vorstellen. Da sind verschiedene Leute, Journalisten, Blogger, die eigentlich keine reale Macht haben, die aber in der Internet-Szene hoch geachtet sind und deshalb über großen Einfluss verfügen. Da alles übers Internet läuft, sind sie nicht auf die offiziellen Medien angewiesen und deshalb kaum zu kontrollieren. Diese beiden Dinge zusammen, die Frustration des Mittelstandes, der mehr will als nur Stabilität, und die Aktivität der jungen Szene, die sich der Kontrolle entzieht: Aus diesem Gemisch nährt sich die Protestbewegung.

Was fordert sie konkret?

Der Ausgangspunkt war die Empörung über die gefälschten Parlamentswahlen. Die naheliegende Forderung ist deshalb jene, nach fairen und transparenten Wahlen. Der Mittelstand verlangt darüber hinaus aber auch eine Modernisierung des Landes und zwar in allen Bereichen, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Diese Mittelschicht ist der Überzeugung, dass ohne die Umsetzung der Reformen, die der scheidende Präsident Dmitri Medwedew ja selbst in Aussicht gestellt hat, Russland nicht vorankommen und konkurrenzfähig wird. In ihren Alltagserfahrungen stoßen sie auf diese ständige Korruption, die das ganze Wirtschaftsleben zerstört; auf die unglaublichen bürokratischen Hemmnisse, die alles blockieren. Diese Mittelklasse steht im Kontakt mit anderen, freieren Gesellschaften und sieht das Fehlen eines Diskurses über den Kurs des Landes.

Die Leute fühlen sich doppelt betrogen, weil Medwedew viel versprochen hat - und jetzt doch wieder Putin kommt? Wieso hat Medwedew Putin nicht herausgefordert?

Das muss kurzfristige entschieden worden sein. Es kann sogar eine Rolle gespielt haben, dass man eben

um das schlechte Image von «Einiges Russland» wusste und befürchtete, man würde die absolute Mehrheit verlieren, was dann ja auch passiert ist. Da konnte Putin wohl mit gutem Grund zu Medwedew sagen: «Du, das wird knapp, wir müssen etwas tun, um den Laden zu stabilisieren.» Putin war überzeugt, er könne in den Ring steigen und alle würden begeistert applaudieren. Es kam alles anders, wie bei diesem Boxkampf im Moskauer «Olimpiski-Stadion», wo Putin nach einem Boxkampf zwischen einem Russen und einem Amerikaner, der Russe hatte natürlich gewonnen, in den Ring sprang - und plötzlich ausgebuht wurde. Das ist ein Schlüsselmoment, der den Irrtum Putins illustriert.

Eskaliert der Konflikt mit der Opposition nach der Wahl Putins?

Die Proteste werden nach dem 4. März weiter gehen. Schon weil es zu keiner fairen Wahl kommen wird. Die Vorgaben an die Gouverneure und Fabrik-Chefs sind längst erteilt. Die ihnen unterstellten Kollektive wurden darauf verpflichtet: Entweder ihr wählt Putin, oder ihr werdet entlassen. Das kann keiner mehr stoppen. Selbst Putin nicht.

Rechnen Sie mit einem Ausbruch von Gewalt?

Da bin ich mir nicht so sicher. Die Regierung hat dazu gelernt. Die erste Reaktion auf die Demonstrationen unmittelbar nach den Parlamentswahlen vom 4. Dezember 2011 waren noch klassisch: Festnahmen, draufhauen. Von 150 Demonstranten sind sofort 100 eingekassiert worden, die Anführer haben 15-tägige Haftstrafen bekommen. Dann aber kam die erste große Demonstration und die war ganz friedlich. Das System hat sofort registriert, dass es diesmal mit «wegverhaften» nicht mehr durchkommen würde.

Auch weil sich Zehntausende über Facebook angemeldet hatten.

Ja, und die kamen dann auch. Es kamen viele. Am 24. Dezember kam die zweite Demo, am 4. Februar die dritte, alles friedlich. Wobei das System auch hier gelernt hat: Bei der dritten gab es bereits eine Gegendemonstration. Das System könnte ja jederzeit Provokationen und Ausschreitungen organisieren, um dann zu sagen: «Wir müssen jetzt Ordnung schaffen, Russland ist in Gefahr.» Das Gegenteil ist eingetroffen: Jetzt werden die Demonstrationen auch am Fernsehen gezeigt, und selbst Oppositionelle dürfen auftreten und was sagen. Die Proteste werden ernst genommen. Das ist ein zivilisierter Vorgang. Meine Vermutung ist, Putin hat ein Interesse daran, dass es ruhig bleibt.

Weil er ein Szenario wie bei der Orangen Revolution in der Ukraine oder in der arabischen Welt befürchtet?

Nein, auch weil die Oppositionellen in Russland in längeren Zeiträumen denken. Sie wissen, dass sich das System nicht kurzfristig erledigen wird, aber sie glauben, dass die Entwicklung auf ihrer Seite ist. Sie sagen sich: «Putin wird es nicht in den Griff kriegen, weil er diese Modernisierung nicht hinkriegt. Er wird beim Ziel, Russland Konkurrenz- und zukunftsfähig zu machen scheitern.» Wann das passieren wird, ist eine offene Frage. Klar ist aber die unterschiedliche strategische Ausgangslage: Putin hat keine Zeit, seine Gegner haben Zeit. Denn er steht unter Druck, er muss am 4. März gewählt werden und dann steht er weiter unter Druck, zu liefern. Wenn er aber so wie bisher Politik betreibt - und vieles spricht dafür-, wenn er die Dringlichkeit von dem, was Medwedew nicht umsetzen konnte, nicht erkennt, dann wird er immer mehr unter Druck geraten. Die Opposition dagegen hat Zeit.

Bisher hat Putin in Krisen immer mit Härte reagiert - ob in der Ukraine, in Georgien, im Inland. Er hat noch nie nachgegeben. Was macht sie glauben, dass er diesmal bei der weichen Tour bleibt?

Zugegeben, er ist ein katastrophaler Krisenmanager. Ob beim Untergang des U-Bootes Kursk, beim Terroranschlag auf die Schule von Beslan, Putin hat stets reflexartig reagiert: Mehr Macht in die Zentrale, mehr Macht in seine Hände, weniger Machtverteilung und Checks und Balances. Alles war sehr wenig effektiv. Aber man muss auch zugeben: Nach Beginn der Demonstrationen im Dezember hat er sofort Reformen angekündigt, etwa die Volkswahl der Gouverneure, oder eine Änderung des Wahlgesetzes. Es handelt sich zwar nur um Ankündigungen, aber immerhin.

Wird uns Putin überraschen?

Das Risiko, dass seine Lernfähigkeit nicht ausreicht, ist groß. Ich bin aber vorsichtig, eine Prognose zu stellen, denn er könnte ja auch von klugen Leuten den Rat kriegen, die Macht zu teilen und zum Beispiel Medwedew zum Ministerpräsidenten zu machen, um ihn die Reformen umsetzen zu lassen, die er als Präsident nicht machen konnte. Das ist nicht ausgeschlossen.

Verurteilung Syriens durch Vereinte Nationen wichtig

15.02.12 - 161

Nach dem Scheitern einer Syrien-Resolution im VN-Sicherheitsrat Anfang Februar wird noch in dieser Woche an die Verabschiedung einer Resolution in der VN-Generalversammlung gedacht. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Eler:

Die Absicht, noch in dieser Woche eine von den Staaten der Arabischen Liga ausgearbeitete Resolution in der VN-Generalversammlung zu verabschieden, ist uneingeschränkt zu begrüßen. Auch wenn sie einen VN-Sicherheitsratsbeschluss nicht ersetzen kann, so ginge von ihr dennoch ein wichtiges politisches Signal aus.

Voraussetzung dafür ist aber, dass eine deutliche Mehrheit dem von Ägypten eingebrachten Resolutionstext zustimmt. Bereits im Dezember 2011 wurde Syrien in der Generalversammlung mit einer Resolution zur menschenrechtlichen Lage mit 132 Stimmen bei etwa 40 Enthaltungen und nur 12 Gegenstimmen deutlich verurteilt. Das muss auch dieses Mal die Zielgröße sein.

Der Druck auf Syrien und sein menschenverachtendes Regime darf nicht nachlassen. Präsident Assad hat jede Legitimation verloren und muss so schnell wie möglich den Weg für einen politischen Neuanfang frei machen, damit weiteres Blutvergießen vermieden wird. Daher ist es vollkommen richtig, wenn die VN-Generalversammlung auch an der von der Arabischen Liga am 22. Januar beschlossenen Forderung nach einem politischen Transitionsprozess in Syrien festhält.

Die Weichen für die politische Zukunft Syriens werden in diesen Wochen gestellt. Auch Russland und China dürfte inzwischen bewusst geworden sein, dass Assad weder ein verlässlicher Verhandlungspartner ist, noch eine politische Zukunft hat. Seit fast zwölf Monaten hält er die internationale Gemeinschaft zum Narren. Beide Vetomächte sollten ihre Position daher überdenken und auch den Weg für einen VN-Sicherheitsratsbeschluss frei machen. Dies wäre ein unmissverständliches Signal an Assad, dass seine Zeit endgültig abgelaufen ist.

Klares Votum des UN-Menschenrechtsrats ist zu begrüßen

01.03.12 - 213

Zur Verurteilung Syriens durch den UN-Menschenrechtsrat erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Eler:

Das klare Votum des UN-Menschenrechts zur Lage in Syrien ist zu begrüßen. Einmal mehr hat die internationale Staatengemeinschaft in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass das syrische Regime unverzüglich mit der willkürlichen Verfolgung und Tötung unschuldiger Menschen aufhören muss. Internationalen Hilfsorganisationen muss der Zugang zu den notleidenden Menschen verschafft werden.

Bis heute sind mehr als 7.500 Menschen dem Vorgehen des syrischen Regimes zum Opfer gefallen. Und ein Ende der vom Assad-Regime ausgehenden Gewalt ist leider nicht in Sicht. Vor diesem Hintergrund müssen die auf EU-Ebene beschlossenen weitergehenden Sanktionen schnellstmöglich umgesetzt werden. Nur durch eine breite internationale Isolierung Syriens kann das Regime zum Einlenken gezwungen werden.

Dass Russland und China erneut gegen die Resolution gestimmt haben, ist bedauerlich. Die Bundesregierung muss ihre Anstrengungen verstärken, diese beiden Länder von der Notwendigkeit eines verschärften Vorgehens zu überzeugen.

Das Stillhalteabkommen mit den Bürgern ist zerbrochen

Putin hat die Wahlen noch einmal gewonnen, doch die Macht entgleitet ihm. Der Westen sollte diesen Wandel durch Annäherung fördern.

Von Gernot Eler, Handelsblatt, 6. März 2012

Wladimir Putin ist mit über 63,6 Prozent im ersten Wahlgang gewählt worden. Das ist keine Überraschung, aber 2004, bei seiner zweiten Wahl ins Präsidentenamt, erhielt er noch 71,3 Prozent. Also ein vertrautes

Gesicht zurück im Kreml, nur mit reduzierter Zustimmung des Volkes?

Nein. Manchmal ändern Wahlen etwas. Manchmal passiert das aber schon vor dem Wahltag wie jetzt in Russland. Hier ist nach der Dumawahl vom 4. Dezember 2011 nicht nur plötzlich eine Protestbewegung entstanden, sie hat auch viel mehr erreicht als erwartet: Massendemonstrationen werden genehmigt, die Führung bietet Reformen an, in großer Zahl werden in Crashkursen ausgebildete Wahlbeobachter zugelassen - am Wahlsonntag sollen es 27 000 gewesen sein-, und Oppositionsvertreter kommen zeitweise im Staatsfernsehen zu Wort.

Und vor allem: Die Angst ist weg! Man darf nicht nur die Korruption geißeln und faire Wahlen einfordern, sondern auch die Parole "Russland ohne Putin!" offen präsentieren und den Wieder-Präsidenten mit Spott übergießen. Wer fürchtet sich vorm starken Mann? Niemand. Das ist ein halber "regime change".

Der Blogger Alexej Nawalnyj hatte schon auf dem Weg zur Dumawahl die Kreml-Partei "Einheitliches Russland" umgetauft. Sein Namensvorschlag "Partija Zulikow i worow" (Partei der Gauner und Diebe) setzte sich über alle neun Zeitzonen der Russischen Föderation durch. Als Wladimir Putin im Wahlkampf immer mehr Wohltaten ankündigte, erfand Nawalnyj auch für ihn einen Namen und nannte ihn "Objescalkin" (Obersprecher).

Kontrollverluste gab es auch im Wahlkampf. Putins Deal mit den Bürgern - "Ich Sorge für Stabilität und Prosperität, ihr haltet euch dafür raus aus der Politik" - ist zerbrochen. Das Publikum mischt sich ein, lustvoll und mit Wut im Bauch. Die Wut entzündete sich an der Rochade vom 24. September 2011 - Putins gravierendste Fehleinschätzung seines bisherigen politischen Lebens. Die Kreml-Partei "Jedinaja Rossija" dümpelte im Wahlkampf dahin. Da sollte eine frohe Botschaft helfen: Der eigentlich starke Mann wird wieder Präsident, wie es mit dem blassen Amtsinhaber Medwedjew schon vor Jahren verabredet worden sei. Eine Botschaft, zwei Reaktionen: Wozu dann eigentlich noch Wahlen? Und dann war ja wohl das große Reform- und Modernisierungstheater Medwedjews nur eine Beschäftigungstherapie des Platzhalters.

Jetzt musste Putin nicht nur Massenaufmärsche gegen seine Person genehmigen, Reformen versprechen und eine bessere Kontrolle der Präsidentenwahlen zulassen er musste auch plötzlich Wahlkampf machen, vieles war Routine: wohlorganisierte Pro-Demos, programmatische Botschaften im Tagestakt, Versprechungen aller Art. Aber die Proteste zeigen Wirkung beim starken Mann.

Putin sucht Beistand und findet ihn bei den "Gespenstern der Vergangenheit": Er beschwört das von ihm beendete Chaos der Jelzin-Tage, malt an der politischen Schlachtszene "Wir gegen den Rest der Welt" und greift sogar zu den Mythen des Zweiten Weltkriegs zur Mobilisierung seiner entgeisterten Zuhörer.

Es hat noch einmal gereicht. Auch weil das Gemeinsame der Opposition über die Forderung fairer Wahlen und die Losung "Russland ohne Putin" nicht hinauskam. Und weil es vier Mitbewerber gab, die sich den Nicht-Putin-Kuchen aufteilen mussten und dabei keinerlei eigene Strahlkraft entwickelten. Aber auch deshalb, weil es traditionell zwei Russlands gibt: das kleinere der urbanen Zentren mit ihrer weltoffenen und gebildeten Mittelschicht, das weitere mit jener stabilitätsorientierten Mehrheit, die sich aus schlechter Erfahrung heraus mit einer Absicherung des Status quo zufriedengibt. Diese zentrumsferne Mehrheit hat Putin mit seinen Retro-Strategien noch einmal erreicht. Ein Erfolg ohne Glanz und Perspektive.

Aber gerade die Begrenztheit des Erfolgs birgt Gefahren. Sie vergrößert die Versuchung, eine neue Machtkonsolidierung über eine dramatisierte Auseinandersetzung mit dem Westen zu suchen. Die Spur dafür ist schon gelegt - mit dem Moskauer Selbstisolierungskurs in Sachen Syrien, mit der Schaukelei bezüglich der Atompolitik Irans und der Entschlossenheit, die Raketenabwehrfrage zum Lackmустest für jede künftige politische Partnerschaft mit den USA und Europa zu machen.

Das ist ein zusätzlicher Grund, in jedem Fall auch in Zukunft eine Politik der ausgestreckten Hand gegenüber Moskau aufrechtzuerhalten. Gemeinsame globale Verantwortung, strategische Partnerschaft, Wandel durch wirtschaftliche Verflechtung und Modernisierungspartnerschaft, die ausdrücklich gesellschaftliche Reformen und den Aufbau einer starken Zivilgesellschaft einschließt - das sind die Bausteine, mit denen ein neues Stabilitäts- und Fortschrittsgebäude errichtet werden kann.